

Rathaus, Spanischer Bau

50667 Köln

Postanschrift:

Postfach 103564 · 50475 Köln

Tel: 0221/221-27840 · Fax: 0221/221-27841

E-mail: DieLinke@stadt-koeln.de

Fraktionsvorstand

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 15.03.2019

AN/0360/2019

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	04.04.2019

Einbeziehung Kölns in die Planungen zum Strukturwandel im „Rheinischen Revier“,

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker,

die Fraktion DIE LINKE bittet Sie, folgende Anfrage auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung des Rates zu nehmen:

Seit einigen Wochen liegt der Abschlussbericht der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ der Öffentlichkeit vor. In der Beschreibung der Bewertungsmaßstäbe schreibt die Kommission:

„Die Kommission hat sich somit bewusst für eine breite Abgrenzung der Reviere entschieden, um auch solche Gebiete zu erfassen, die eine enge Verflechtung zur Braunkohlewirtschaft haben.

Innerhalb der Reviere kann noch nach tatsächlicher Betroffenheit und überregionaler Auswirkungen des Strukturwandels differenziert werden.

Darüber hinaus war sich die Kommission einig, dass im Ausnahmefall auch Projekte in die Förderung aufgenommen werden oder andere Unterstützungsmaßnahmen erhalten können, die nicht im Revier selber liegen, aber für die Entwicklung im Revier hohe Bedeutung haben.“

(Abschlussbericht der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, S. 10)

Trotz der beabsichtigten „breite Abgrenzung der Reviere“ und trotz ihrer historisch und aktuell „engen Verflechtung zur Braunkohlewirtschaft“ wird die Stadt Köln nicht zu diesem Gebiet gerechnet. So sind die Rheinbraun-Nachfolger RWE Power AG und die RWE-Tochter „Rheinbraun Brennstoff GmbH“ in Köln ansässig. Im Abschlussbericht der Kommission werden unter Punkt 5.1.3 Rheinisches Revier (Anlage 1, S. 76-78) die Verbindungen, Verknüpfungen und Überschneidungen in der Region immer wieder deutlich. Neben den 9.000 Beschäftigten im Revier

sind „weitere 18.000 indirekt oder induzierte Beschäftigte innerhalb oder außerhalb der hier vorgenommenen Revierbegrenzung“ betroffen.

Als angrenzendes Oberzentrum wird Köln auch für den Strukturwandel im Rheinischen Revier eine bedeutsame Rolle spielen. Die Verflechtungen in Sachen Wirtschaft, Verkehr, Wohnen sind eng und nehmen weiter zu.

Planungen und Maßnahmen für einen gelingenden Strukturwandel im Rheinischen Revier müssen nicht als „Ausnahmefall“, sondern als Regelfall unter Einbeziehung der Stadt Köln durchgeführt werden. Damit ist ausdrücklich keine Umlenkung von Fördermitteln gemeint, die in den Kommunen des Rheinischen Reviers zwingend benötigt werden.

Deshalb fragen wir die Verwaltung:

1. Wie schätzt die Verwaltung den anstehenden Strukturwandel im Rheinischen Revier hinsichtlich seiner Herausforderungen für Köln und Auswirkungen auf Köln ein und welche Konsequenzen zieht die Verwaltung aus der Lagebeurteilung der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“?
2. Wie sieht die Verwaltung die Möglichkeit, dass mindestens das linksrheinische Köln Bestandteil des planerischen Kernraums des Rheinischen Reviers werden kann und nicht nur Bestandteil des Wirkungsraumes?
3. Wäre nicht eine Kölner Initiative landes- und bundesweit erforderlich, damit die Bundesregierung im Rahmen noch zu schaffender Gesetze Köln in seiner engen Verflechtung mit den linksrheinischen Umlandkommunen des Rheinischen Reviers mitberücksichtigt (Siehe Anlage 2: Das Rheinische Zukunftsrevier, S. 16f)?
4. Wirtschaftsminister Prof. Dr. Pinkwart soll Zuschüsse für Personalkosten von der Landesregierung für Kommunen in Aussicht gestellt haben, falls Personal für die Bewältigung von kommunalen Strukturmaßnahmen eingestellt wird. Ist das der Verwaltung bekannt?
5. Nach unseren Kenntnissen hat die Verwaltung bisher kein Personal für eine Kölner Strukturpolitik in Verbindung mit dem Strukturwandel im Rheinischen Revier eingeplant. Warum nicht?

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Michael Weisenstein

Geschäftsführer

Fraktion DIE LINKE

